

## Antrag

# A3NEU4.2 BDKJ gegen rechts – Aus christlicher Überzeugung gegen Faschismus und für Demokratie!

Antragssteller\*innen: KjG

## Antragstext

### 1 Situationsbeschreibung

2 Extrem rechte und populistische Positionen und Handlungen kennzeichnet ihr Hass  
3 auf bestimmte Personengruppen und deren bewusste Ungleichbehandlung. Zu den  
4 betroffenen Gruppen gehören beispielsweise (aber nicht ausschließlich) Menschen  
5 mit internationaler Familiengeschichte, Frauen, queere Menschen, jüdische  
6 Menschen und Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen. Rechte  
7 Akteur\*innen aus besonders christlich geprägten Kulturräumen sind zudem häufig  
8 feindlich gegenüber Muslim\*innen eingestellt.

9 Bedrohlich ist zudem, dass die extreme Rechte gezielt versucht, demokratische  
10 Strukturen und Institutionen zu zerstören. Eine Strategie der neuen Rechten ist  
11 Positionen in Legislative, Exekutive und Judikative gezielt zu besetzen und  
12 dadurch extrem rechte und populistische Ideologien zu verbreiten. Dies schwächt  
13 fortlaufend unsere demokratischen Institutionen von innen. Dies beinhaltet unter  
14 anderem vermeintlich harmlose Demonstrationen, ebenso wie die Lähmung  
15 parlamentarischer Arbeit oder die Ablehnung des Rechtsstaates. **Sie** zeigt sich am  
16 deutlichsten in der Planung gewaltvoller Umstürze mit Anschlägen auf gewählte  
17 Vertretungen und marginalisierte Gruppen.

18 Besorgniserregend ist, dass diese Strategien Wirkung entfalten und sich im  
19 Erstarren faschistischer Kräfte in Europa und weltweit zeigen.  
20 Menschenfeindliche Positionen werden gesellschaftsfähiger..

### 21 Positionierung

22 Als christliche Jugendverbände stellen wir uns konsequent gegen extrem rechte  
23 und populistische Positionen und Handlungen und setzen uns für eine vielfältige  
24 und demokratische Gesellschaft ein. Die Unterstützung von demokratischen  
25 Verfahren wie die Beteiligung an Wahlen ist für uns selbstverständlich.

26 Wir lehnen jede Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ab und fördern in  
27 unserer Arbeit explizit marginalisierte Gruppen. Wir positionieren uns klar  
28 gegen Demokratiefeindlichkeit und Autoritarismus und bekennen uns zur Wahrung  
29 der Menschenrechte weltweit.

30 Wir verstehen uns als antifaschistisch: Wir stehen für eine demokratische,  
31 gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft und Kirche ein und wenden uns

32 gegen jede Art der Ausgrenzung und Unterdrückung von Menschen. Diese  
33 Grundhaltung geht einher mit unserem christlichen Glauben, aus dem heraus wir  
34 alle Menschen als Gottes Ebenbilder betrachten, sowie mit unserer demokratischen  
35 Grundüberzeugung, die die gleichberechtigte Teilhabe aller sowie die  
36 unveräußerliche Würde des Menschen beinhaltet.

37 Zu dieser antifaschistischen Grundhaltung hat sich die Hauptversammlung 2022  
38 innerhalb des Grundsatzprogramms des BDKJ bekannt.

### 39 **Konsequenzen für die Arbeit des BDKJ**

#### 40 • **Position beziehen**

41 Wir beobachten rechte Vorfälle deutschland- und weltweit. Wir beziehen  
42 öffentlich klar Position gegen derartige Vorfälle, solidarisieren uns mit  
43 den Betroffenen und setzen uns nachdrücklich für Aufklärung und  
44 Aufarbeitung ein. Wir nutzen unsere Kontakte, um auf die eindeutige  
45 Abgrenzung von rechten Akteur\*innen, **insbesondere auch in den kirchlichen**  
46 **Strukturen**, hinzuwirken. Hierzu haben wir bereits Beschlüsse gefasst, die  
47 wir an dieser Stelle noch einmal bekräftigen.[\[1\]](#)

#### 48 • **Bildungsarbeit**

49 Die BDKJ Bundesebene gestaltet ein Bildungsangebot für die Jugend- und  
50 Mitgliedsverbände mit der Zielrichtung der praktischen Umsetzung dieser  
51 antifaschistischen Grundhaltung.

#### 52 • **Vernetzung**

53 Um das Thema Antifaschismus in allen Jugend- und Mitgliedverbänden weiter  
54 auszugestalten, schafft die BDKJ Bundesebene ein Vernetzungsangebot, bei  
55 dem good practice Beispiele vorgestellt und durch die Expertise der  
56 anderen erweitert werden kann. Zudem vernetzt sich der BDKJ Vorstand mit  
57 anderen antifaschistischen Organisationen und Gruppierungen, um eine  
58 größere Schlagkraft zu entwickeln. Innerhalb dieser unterstützen wir  
59 Projekte, die unsere demokratische Gesellschaft unterstützen, z.B. die  
60 U18/ U16-Wahlen des DBJR.

#### 61 • **Wir wählen! NICHT die AfD**

62 Mit der AfD ist eine rechtsextreme Partei einflussreich in der Politik  
63 vertreten. Für uns ist die Wahl oder Unterstützung dieser Partei nicht  
64 vereinbar mit unserer antifaschistischen Grundüberzeugung als katholische  
65 Jugendverbandler\*innen. Die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Partei  
66 wie der AfD sowie in ihr nahestehenden oder anderen rechtsextremen  
67 Organisationen ist mit der Mitgliedschaft in unseren Verbänden  
68 unvereinbar.

### 69 **Forderungen an die Politik**

70 Um unsere pluralistische und freiheitlich-demokratische Gesellschaft zu schützen  
71 und gegen Angriffe von rechts zu verteidigen, fordern wir von der Politik:

#### 72 • **keine Finanzierung extrem rechter Parteien und Stiftungen**

73 Parteien und Stiftungen, die diskriminierende und demokratiefeindliche  
74 Grundüberzeugungen vertreten, dürfen nicht mit staatlichen Mitteln  
75 unterstützt werden. Das im Grundgesetz verankerte Prinzip der wehrhaften  
76 Demokratie muss umfassend genutzt werden, um unsere Demokratie gegen ihre  
77 Feind\*innen zu schützen. Wir fordern die demokratischen Parteien auf, sich  
78 dafür einzusetzen, die staatlichen Zuwendungen an extrem rechte Parteien  
79 und Stiftungen zu begrenzen und einzustellen. Deshalb begrüßen wir das  
80 entsprechende Gesetz, das die Förderung von politischen Stiftungen an die  
81 Verfassungstreue knüpft.

82 • **umfassende Aufarbeitung von strukturellem Rassismus und Polizeigewalt**

83 In mehreren wissenschaftlichen Arbeiten konnte nachgewiesen werden, dass  
84 in staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen struktureller  
85 Rassismus existiert. Dieser führt zu alltäglicher Diskriminierung, zum  
86 Beispiel von migrantisch gelesenen Menschen. Aus diesem Grund kommt es  
87 immer wieder auch zu gewaltsamen Übergriffen durch Polizist\*innen. Wir  
88 solidarisieren uns mit den Betroffenen von strukturellem Rassismus und  
89 Polizeigewalt. Wir fordern eine umfassende Aufarbeitung dieser Strukturen  
90 und Vorfälle.

91 • **konsequente Verfolgung rechter Übergriffe und Gewalttaten**

92 Mit großer Sorge nehmen wir die steigenden Zahlen extrem rechter  
93 Übergriffe und Gewalttaten wahr. Ihnen liegen unterschiedliche  
94 Motivationen zugrunde (Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit,  
95 Antifeminismus etc.). Die Vorfälle haben jedoch eine Gemeinsamkeit: Sie  
96 treffen Minderheiten, die wir als Gesellschaft besser schützen müssen. Wir  
97 fordern daher, diese Übergriffe und Gewalttaten, auch im Internet,  
98 konsequent zu verfolgen und ihnen präventiv entgegenzuwirken. Dazu gehört  
99 auch, sie nicht als Einzelfälle abzutun.

100 • **Verstetigung der Finanzierung von Projekten zur Demokratieförderung**

101 Es gibt viele gute zivilgesellschaftliche Projekte zur  
102 Demokratieförderung. Häufig stehen diese jedoch auf einer prekären  
103 finanziellen Grundlage und bekommen lediglich zeitlich befristete  
104 Projektfinanzierungen. Wir fordern, die Finanzierung dieser Projekte auf  
105 eine solide und langfristige Basis zu stellen. Dafür muss das von der  
106 Bundesregierung geplante Demokratiefördergesetz zügig beschlossen und  
107 umgesetzt werden. Auf eine „Extremismusklausel“, die die Projekte unter  
108 Generalverdacht stellt, muss dabei verzichtet werden.

109 • **Zurückdrängen extrem rechter und populistischer Positionen**

110 Extrem rechte und populistische Positionen verbreiten sich zunehmend in  
111 der politischen Debatte. Beispiele dafür sind die Auseinandersetzung um  
112 die europäische Abschottungspolitik gegen Migrant\*innen oder Angriffe auf  
113 queere Lebenswelten. Wir fordern alle politischen Parteien auf, sich aktiv  
114 dafür einzusetzen, extreme und populistische Positionen aus ihren eigenen  
115 Strukturen und aus der Politik insgesamt zurückzudrängen.

116 • **Ende der Kriminalisierung von gewaltfrei agierenden Antifaschist\*innen**

117 Wir nehmen war, dass die Repressionen gegenüber gewaltfreiem,  
118 antifaschistischem Aktivismus durch staatliche Institutionen deutlich  
119 zunehmen. Dies trägt maßgeblich dazu bei, dass Menschen durch  
120 Einschüchterung daran gehindert werden, ihre antifaschistische  
121 Grundhaltung klar zu benennen und aktiv zu werden. Wir fordern ein Ende  
122 von Repressionen gegenüber gewaltfrei agierenden Aktivist\*innen und  
123 gegenüber deren Vernetzung. Es muss gefahrlose Möglichkeiten geben,  
124 weiterhin unsere Demokratie durch zivilgesellschaftliches Engagement zu  
125 schützen.

126 **Forderungen an die katholische Kirche**

127 Als katholischer Jugendverband fordern wir von der katholischen Kirche:

128 • **Reform und Aufarbeitung**

129 Die Strukturen der katholischen Kirche weisen zahlreiche diskriminierende  
130 Bestandteile auf, insbesondere im Hinblick auf Frauen- und  
131 Queerfeindlichkeit, aber auch im Hinblick auf strukturellen Rassismus,  
132 Antisemitismus und Antijudaismus. Wir fordern die Verantwortlichen in der  
133 Kirche auf, gegen diese Strukturen vorzugehen und sie zu reformieren.  
134 Darüber hinaus muss bereits geschehenes Unrecht, auch aus dem Kontext der  
135 kolonialistischen Missionsarbeit, aufgearbeitet werden.

136 • **Stellung beziehen als moralische Instanz**

137 Die katholische Kirche hat als moralische Instanz einen großen Einfluss  
138 auf ihre Mitglieder und in die Gesellschaft und Politik hinein. Wir  
139 fordern die Verantwortlichen in der Kirche auf, aus der christlichen  
140 Überzeugung heraus immer wieder klar Stellung gegen die extreme Rechte zu  
141 beziehen.

142 • **Distanzierung von Demonstrationen und Veranstaltungen, bei denen extrem rechte Aktivist\*innen involviert sind**

143 Immer wieder nutzen extrem rechte Aktivist\*innen Demonstrationen und  
144 Veranstaltungen, um in weiteren gesellschaftlichen Kreisen anschlussfähig  
145 zu werden. Dies geschieht auch bei religiös motivierten Veranstaltungen,  
146 wie z.B. dem sogenannten „Marsch fürs Leben“. Wir fordern von den  
147 Verantwortlichen in der Kirche, sich klar von Demonstrationen und  
148 Veranstaltungen zu distanzieren, bei denen extrem rechte Aktivist\*innen  
149 beteiligt sind oder ohne Widerstand der Organisator\*innen teilnehmen  
150 können. Hier gilt es deutlich zu machen, dass der christliche Glaube nicht  
151 für die Verbreitung rechter Ideologie missbraucht werden darf.  
152

153 • **Verbindungen zwischen fundamentalistischen Christ\*innen und der extremen Rechten benennen und bekämpfen**

154 In ihrem Kampf gegen unsere demokratische und pluralistische Gesellschaft  
155 und gegen liberale Christ\*innen bilden fundamentalistische Christ\*innen  
156 und Akteur\*innen der extremen Rechten häufig enge Allianzen. Einige  
157

158 Akteur\*innen sind Teil beider Milieus. Wir fordern von den  
159 Verantwortlichen in der Kirche, diese Problematik, neben Problemen mit  
160 fundamentalistischen Christ\*innen an sich, klar zu benennen, sich von den  
161 beteiligten Akteur\*innen zu distanzieren und sie nach Möglichkeit aus den  
162 kirchlichen Strukturen auszuschließen.

163 Wir setzen uns nachdrücklich ein für eine Gesellschaft und für eine Kirche frei  
164 von Diskriminierung. Wir kämpfen gegen rechte Ideologien und Handlungen. Wir  
165 sind antifaschistisch.

166 [\[1\]"Wir widersprechen, weil wir glauben!"](#) - Beschluss der BDKJ-  
167 Hauptversammlungen 2016 und 2020

## **Begründung**

Extreme und populistische rechte Positionen und Haltungen haben in den letzten Jahren gesellschaftlich an Einfluss gewonnen. Die Aggressivität und Selbstverständlichkeit, mit der sie geäußert und verbreitet werden, hat stark zugenommen. Immer wieder folgen aus den Einstellungen auch Gewalttaten.

Die Hauptversammlung 2022 hat entschieden, Antifaschismus in ihr Grundsatzprogramm aufzunehmen. Die grundlegende Haltung und daraus folgende Konsequenzen, innerverbandlich und in der Lobbyarbeit, sollen mit diesem Antrag festgeschrieben werden.